

VSEG-Stellungnahme zu Geschäften der bevorstehenden November-Kantonsratssession

Ergänzungs-Standpunkt

Sehr geehrte Damen und Herren

Vor einigen Tagen haben wir Sie mit dem VSEG-Standpunkt zur kommenden November-Session bedient. Im Nachgang bzw. mit den Diskussionen in den Fraktionen hat sich die Frage aufgedrängt, warum der VSEG zum nachstehenden Geschäft keine Empfehlung abgibt. Es ist ganz einfach, dieses Traktandum ist bei uns vergessen gegangen! Da sich der VSEG-Vorstand natürlich sehr intensiv mit der Tagesstätten-Initiative befasst hat, möchten wir dem Kantonsrat unsere diesbezügliche Empfehlung auf jeden Fall bekanntgeben:

VI 099/2016

Volksinitiative „Finanzielle Unterstützung von Tagesstätten für betagte Menschen“; Initiative und Gegenvorschlag (DDI)

Der VSEG lehnt das Volksbegehren und die damit verbundene weitere Kostensteigerung im Pflegebereich bzw. die Initiative grundsätzlich ab. Sollte sich der Kantonsrat dennoch – entgegen den Empfehlungen des VSEG – für eine finanzielle Unterstützung entscheiden, dann ist zwingend der regierungsrätliche Gegenvorschlag zu unterstützen.

Die Idee der Initianten, dass solche Tagesstätten-Plätze angeboten werden sollen, ist grundsätzlich unterstützungswürdig und wird in etlichen Pflegeheimen auch bereits angeboten. Der VSEG-Vorstand ist genau aus diesen Gründen der Meinung, dass es sich hierbei nicht nur um ein von den Altersheimen gewünschtes neues Angebot handelt, sondern es ist ein klarer Leistungsausbaue im Pflegefinanzierungsbereich, welcher wiederum höhere Beiträge der Gemeinden erfordern wird!

Im weiteren möchte der VSEG in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, dass der Kanton Solothurn nach wie vor die Strategie „ambulant vor stationär“ verfolgt. Ob dieser vom Initiativkomitee geforderte Angebots- und Leistungsausbaue dieser übergeordneten Strategie entspricht, ist für den VSEG äusserst fragwürdig.

Sollte der politische Wille des Kantonsparlaments dennoch vorhanden sein, hier einen Leistungsausbaue im stationären Bereich zu Lasten der Gemeinden zu vollziehen, so steht aus Sicht des VSEG-Vorstands nur der vom Regierungsrat ausgearbeitete Gegenvorschlag zur Diskussion.